

Zu den neuen
Machtkonstellationen
nach dem Bundeskongress

DGB-Strategie: Im Zweifel doch SPD

Hans-Peter Müller/Manfred Wilke

„Neue Zeiten. Neue Chancen. Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ lautete das Motto des 17. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses vom 27. bis 31. Mai 2002 in Berlin. Zwei Themen beherrschten den Kongress: der Wechsel im Vorsitz und die Positionierung der Gewerkschaften im Bundestagswahlkampf.

Der neue DGB-Vorsitzende

Schon im Oktober 2001 wurde erstmals der Name des stellvertretenden ver.di-Vorsitzenden und vormaligen stellvertretenden Postgewerkschaftsvorsitzenden Michael Sommer genannt. Der studierte Diplompolitologe, der seine Funktionärskarriere 1980 in der Postgewerkschaft begann, gehörte einerseits zu den Initiatoren der Gründung der neuen Dienstleistungsgewerkschaft, der größten Organisationsreform der deutschen Gewerkschaften in den letzten fünfzig Jahren. Er war andererseits aber auch verantwortliches Mitglied jener Spitze der Postgewerkschaft, die ihren Verband mit einer rigorosen Ablehnungspolitik der Postprivatisierung strategisch derart in die Enge manövriert hatte, dass nur noch die Flucht in die Fusion als Ausweg blieb.

Sommer folgt auf den IG Metalller Dieter Schulte, dessen achtjährige Amtszeit aus Gewerkschaftersicht zwiespältig endete. Der DGB hatte rund zwanzig Prozent seiner Mitglieder verloren, seit 1990 sogar jedes dritte Mitglied. Der Zugewinn durch die deutsche Einheit war vollständig aufgebraucht; für die alten Bundesländer fielen die Mitgliederzahlen auf

den Stand der sechziger Jahre zurück. Nur jeder vierte Arbeitnehmer war überhaupt noch Mitglied im DGB, so wenige wie nie seit Bestehen der Bundesrepublik. Für Angestellte, Frauen, Jugendliche, Hochqualifizierte und Dienstleistungsbereufe hatten der DGB und seine Gewerkschaften nichts zu bieten. Kernklientel blieben gut verdienende Facharbeiter in gesicherten Positionen und der öffentliche Dienst in einer insgesamt altindustriellen Zusammensetzung: zwei Drittel Arbeiter, ein Drittel Angestellte und Beamte. Auf die begrenzte politische Konzeptionsbereitschaft dieser saturierten Mitgliedschaft war der Funktionärskörper ausgerichtet.

Andererseits war der Name Schulte mit der erfolgreichsten politischen Kampagne der Gewerkschaften seit langem verbunden. Mit dem Slogan „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ hatten sie 1998 die Stammwähler der SPD für die Wahl von Gerhard Schröder motiviert und konnten sich damit zu Recht als Teil der politischen Gewinnerkoalition betrachten. Aus Gewerkschaftersicht wurde ihnen dieser Einsatz jedoch nur teilweise entgolten: Zwar nahm die Regierung Schröder die wichtigsten Arbeitsmarkt- und Sozialreformen von Helmut Kohl zurück und trug mit immer weiteren Regulierungen am Arbeitsmarkt zur gewerkschaftlichen Organisationsicherung bei; dies führte aber inhaltlich nicht zu dem Ziel, das die gewerkschaftliche Propaganda 1998 herbeiführen wollte: ein nach ihren Maximen ausgerichtetes

Bündnis für Arbeit zur Senkung der Arbeitslosigkeit.

Der offiziellen Nominierung von Sommer durch den DGB-Bundesvorstand Ende Februar 2002 folgte der schrittweise Aufbau des Kandidaten als linken, konzeptionellen Denkers und zugleich machtbewussten und konfliktbereiten Pragmatikers. Unverkennbar war das Bestreben, Sommer als personelles und programmatisches Korrektiv zum scheidenden DGB-Vorsitzenden aufzubauen, der nun zum Sündenbock der gewerkschaftlichen Misserfolge seit 1994 gemacht wurde. Sommer galt somit zunehmend als Personifizierung der Funktionärssehnsucht nach schärferem Profil und deutlicherer Distanzierung der Gewerkschaften auch gegenüber Rot-Grün.

Klassischer Konflikt

Das Abstimmungsergebnis für Sommer, mit rund 94 Prozent das beste seit der Wahl des Postgewerkschafters Ernst Breit von 1986, trug dieser Stimmung nach widerständiger Geschlossenheit gegenüber der regierenden SPD Rechnung. Sommers zentraler Politikansatz ging aus von der These, die Gewerkschaften müssten die Meinungsführerschaft in der politischen Debatte zurückgewinnen, die sie im Verlaufe der rot-grünen Legislatur an die Wirtschaft verloren hätten. Sommer besann sich damit auf einen realistischen Politikansatz des DGB in der Mediendemokratie, über den die Autoren in ihrer Studie *Rückkehr in die politische Arena. Die deutschen Gewerkschaften und das Bündnis für Arbeit* mit Blick auf die DGB-Kampagne für den Regierungswechsel 1998 analysierten:

„Eineinhalb Jahre lang waren die IG Metall und dann der DGB nicht müde geworden, für einen Politik- und Regierungswechsel zu streiten. Instinktsicher griff der SPD-Kanzlerkandidat Gerhard Schröder (mit einem Bündnis für Arbeit) einen der schillerndsten politischen Kon-

zeptbegriffe der deutschen Gewerkschaften auf und vereinnahmte ihn für den Versuch der Sozialdemokratie zur Wiedererringung der politisch-konzeptionellen Hegemonie. Mit diesem Schachzug wurden IG Metall und DGB an die Wahlkampfstrategie der SPD angebunden, und mit der eigenen Forderung nach einem Politikwechsel kamen sie dem politischen Projekt des Regierungswechsels deutlich entgegen. Das Ergebnis der Bundestagswahl 1998 entsprach dem Ziel dieser Bemühungen. Stolz sprach IG-Metall-Chef Zwickel im Mitglieder magazin ‚metall‘ von ‚unserem‘ Walter Riester als dem Mann der Gewerkschaften im Kabinett.“

Schon damals aber formulierten die Autoren über die brüchige Logik derartiger Foren korporatistischer Partizipation: „Da die Verhandlungen dieses Bündnisses für ‚Arbeit‘ aber nur erfolgreich sein können, wenn sie in ein politisches Tauschgeschäft des wechselseitigen Gebens und Nehmens der Beteiligten einmünden, dessen Basis – das zeigen alle ausländischen Referenzmodelle – wie auch immer geartete Lohnabsprachen sein müssen, stehen die Gewerkschaften vor dem Balanceakt, ihre politische Tauschfähigkeit nach außen zu bewahren, ohne als freiwillige Mitgliederverbände nach innen ihre zentral über die Tarifpolitik definierte Integrationskraft gegenüber Mitgliedern und Funktionären zu verlieren.“

Es war damit eine Entwicklung vorprogrammiert, die man in der Soziologie als klassischen Konflikt zwischen System- und Organisationsanforderungen bezeichnet. Den Gewerkschaften werden im Austausch gegen Partizipation an der politischen Entscheidungsfindung, Konzessionen bei Gesetzesvorhaben und Organisationsstabilisierung „Systemstabilisierungsleistungen“ in Form von Lohnkonzessionen und Wahl- und Politikunterstützung abverlangt. Diese Zuge-

Michael Sommer beim Bundeskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 28. Mai 2002.

Foto: Stephanie Pillick, dpa



ständnisse und die damit verbundene „Systeminvolvierung“ können dann den Nerv des innerverbandlichen Selbstverständnisses und Zusammenhalts tangieren, wenn der Eindruck einer dauerhaft unausgeglichenen Bilanz des Gebens und Nehmens entsteht. Es gehen nämlich dann Überzeugung und Motivation der Funktionäre, das wichtigste moralische Kapital der Gewerkschaften, verloren, wenn diese den Eindruck gewinnen, zugunsten einer höheren politischen Raison für Ziele kämpfen zu sollen, die sie nicht teilen.

Idee eines Sozialkontraktes

In seiner Grundsatzrede versuchte der neue DGB-Vorsitzende, der innerlichen Verabschiedung der meisten Funktionäre von diesem Konzept der Konsensbildung durch politische Kompensationsgeschäfte Rechnung zu tragen. Die Idee von 1998 war, durch das Schnüren großer politischer Kompensationspakete wechselseitiger Zumutungen und Zugeständ-

nisse zu einem sozialen Reformkonsens zu gelangen, in den auch die Gewerkschaften gleichberechtigt eingebunden wären. Die Ernüchterung über die tatsächlichen Reformmöglichkeiten bestränkte nun aber die Vorstellung, die Gewerkschaften zu einer Festung gegen den vermeintlich überdominanten neoliberalen Zeitgeist auszubauen, indem sie eine große Koalition aller tatsächlich oder vermeintlich sozial zu kurz gekommenen um sich scharen.

Sommer erteilte dem Bündnis für Arbeit zwar keine Absage, aber unverkennbar war sein Wunsch, es auf einen Problembereich zu begrenzen, in dem die Gewerkschaften wieder klar als die Fordernenden erscheinen könnten. „Wir brauchen das Bündnis für Arbeit, und zwar eins, das nur eine Aufgabe hat, nämlich die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.“ Unter Bezug auf große staatsphilosophische Vorbilder schlug er stattdessen einen modernen „Sozialkontrakt“ vor. Das Land habe „unendlich viel Nachholbedarf [...] in Sa-

chen Gerechtigkeit“. Der DGB wolle dabei „Mittler und Motor“ sein. Der angestrebte Trendwechsel war freilich im Kern ein Prioritätenwechsel: Sommer forderte den Umverteilungsstaat. Zu diesem Zweck lud er „alle, die in diesem Land – wie wir – Verantwortung tragen“, ein, „mit uns einen modernen Sozialkontrakt“ als Rahmen für Reformen zu gestalten. „Gerecht, wirklich gerecht“ werde die Gesellschaft erst dann, wenn man mit der „Irrlehre“ aufräume, dass der Markt alles richten werde.

Sommers Idee eines Sozialkontraktes blieb nebulös. Am ehesten noch vermag man sich darunter ein Netz von verbindlichen Verträgen zwischen dem Staat und den gesellschaftlich relevanten Verbänden sowie diesen Verbänden untereinander mit dem DGB im Zentrum vorzustellen. Ziel scheinen jedoch nicht ein Super-Runder-Tisch mit politisch wirkungslosem, appellativem Charakter zu sein, sondern gesellschaftlich verbindliche Verträge, die unverrückbare Bindungen, Garantien und öffentliche Selbstverpflichtungen beinhalten. Das Konzept des Sozialkontraktes läuft somit auf eine Verankerung moralisch korrekter Politik durch Selbstverpflichtung gegenüber DGB und Öffentlichkeit hinaus. Unverkennbar soll der DGB in diesen bilateralen Aushandlungsprozessen eine zentrale Schiedsrichterrolle, gleichsam die institutionalisierte Vetofunktion der Gewerkschaften, übernehmen.

Betrachtet man die vorgeschlagenen politischen Mittel, auf deren Einsatz der Kontrakt zielt, dann kehrt die bekannte Mischung aus ausgabeträchtigen Sozialwohlthaten (wie zum Beispiel Ganztagsbetreuung, existenzsicherndes Arbeitseinkommen, Arbeitszeitverkürzung, Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen, soziale Grundsicherung), gepaart mit etatistischen Sozialreformvorstellungen, wieder. Alle Vorschläge laufen auf der Finanzierungsseite auf Steuererhö-

hungen und damit eine Erhöhung der Staatsquote hinaus: Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Korrektur der Unternehmenssteuerreform, Wertschöpfungsabgabe, Bit-Steuer, Tobin-Steuer. „Der Staat braucht mehr Einnahmen. [...] Einen armen Staat können sich nur Reiche leisten...“

Freilich: Sommers Konzept brachte keine aktuelle Beschlusslage oder Diskussion in den Gewerkschaften auf den Punkt, sondern war eine intellektuelle Kopfgeburt. Es war der Versuch, ein erst noch zu initiierendes gesellschaftliches Gerechtigkeitsbündnis durch den DGB zu hegemonisieren.

Das künftige Bündnis für Arbeit

Sommer hatte eine neue Antwort zu geben auf den Umstand, dass das politische Hauptprojekt der Gewerkschaften und der SPD nicht zum erhofften Reformmotor geworden war. Den politischen Anspruch des DGB auf gleichberechtigte Mitbestimmung bei der Formulierung der Reformpolitik vermochte es nicht einzulösen – eine Hoffnung, die der Sozialdemokrat Dieter Schulte bis zuletzt hegte. So kam dem DGB zunehmend wieder die Funktion zu, als politischer Außenrepräsentant der Einzelgewerkschaften eine kritische Distanz auch zur Politik von Rot-Grün zu artikulieren – ein paradoxes Resultat, wenn man bedenkt, dass keine Bundesregierung in den letzten zwanzig Jahren derartige politische Rücksichten auf die Gewerkschaften genommen hat und den Preis für die politische Unterstützung im Wahlkampf von 1998 mehrfach rückvergolten hat.

Aber da das Bündnis seit der von Regierungsberatern im Frühjahr 1999 ungestüm angezettelten Debatte über einen Niedriglohnsektor politisch gelähmt war, fiel es faktisch mehr und mehr auf die Funktion einer konzertierten Aktion zurück: Verhandlungen über Lohnmäßigung. Aus Gewerkschaftssicht konnten

sie dabei nur verlieren. Es war daher folgerichtig, dass sich die Gewerkschaften im Frühjahr 2002 endgültig aus dieser Schlinge freimachten, indem sie mit ihrer Weigerung, ein Kommuniqué zu unterzeichnen, in dem sie eben dies hätten zugestehen müssen, das Bündnis faktisch zum Platzen brachten.

Die Aufgabe von Sommer bestand darin, den Kurs des DGB auf der Grundlage dieser gemachten Erfahrungen und des Gefühls, nicht mehr ausreichend politisch beteiligt zu sein, neu zu formulieren. Sein Konzeptansatz war, von der Politik gleichsam Rahmenbedingungen zu fordern, die den Gewerkschaften wieder das wohl geordnete Funktionieren als Lohnmaschinen nach dem Erfolgsmodell der siebziger Jahre ermöglichen. Ausgabenprogramme und Expansion der Staatsquote waren dafür folgerichtige Politiken. Sommer kokettierte zwar damit, dass der gewerkschaftliche Forderungenkatalog zu modernisieren sei („Nicht jeder Oldie ist ein Hit“), letztlich aber machte er klar, dass er der politologischen Denkwelt der siebziger Jahre samt ihren dämonisierenden Verschwörungstheorien verhaftet blieb.

Sommer war der Repräsentant einer durch ständige Wiederholung sich verstärkenden Selbstsuggestion der führenden Gewerkschaftsfunktionäre, es mit einer außer Rand und Band geratenen, neoliberal inspirierten Deregulierung, Privatisierung und Globalisierung zu tun zu haben, der nach den Maßgaben eines sozialpolitischen Rückkehrmodells staatsinterventionistisch Einhalt geboten werden müsse. Wiedererringung der Meinungsführerschaft intendierte daher, eine politische Diskursgroßwetterlage herbeizuführen, die den Gewerkschaften die Herstellung einer solchen Konstellation legitimerweise zu fordern erlaubt. Umgekehrt war dann aus gewerkschaftlicher Sicht mit einer Politik zu hadern, die sich diesem vermeintlich machbaren gewerk-

schaftlichen Ansinnen verweigerte. Es war diese Grundharmonie zwischen ihm und den versammelten Funktionären in der Deutung der gegenwärtigen politischen Situation, die Sommer zu den hohen Zustimmungsquoten verhalf.

Schon der Kongressverlauf zeigte jedoch, dass nicht das neue intellektuelle Konzept des Vorsitzenden zur Klammer des DGB wurde, sondern der tagesaktuelle Kampf um das Tariftrueugesetz. Man beendete den Kongress vorzeitig, um den Delegierten die Teilnahme an der zentralen Gewerkschaftsdemonstration am Potsdamer Platz zu ermöglichen.

Die realen Machtverhältnisse im DGB

Die politische Botschaft des Kongresses ging nicht von der Grundsatzrede des neuen DGB-Vorsitzenden aus, sondern von den zwei politischen Kampfreden des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske und des IG-Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel. Deren Absicht war, die eigentliche politische Botschaft des Kongresses unabhängig von Antragslage und Delegiertendiskussionen arbeitsteilig vorwegzunehmen. Damit kam die neue Bipolarität im DGB zum Ausdruck. Der dominante Wille der beiden größten Einzelgewerkschaften, im Zweifel den sozialpolitischen Status quo in Form von Rot-Grün weiterhin zu unterstützen, wurde auch dadurch symbolisiert, dass mit Bsirske ein Mitglied der Grünen, mit Zwickel ein klassischer SPD-Gewerkschafter sprach.

Bsirske verhinderte mit seinem Plädoyer eine rückwärts gewandte Fehlerdiskussion und plädierte für eine konkrete Alternative: die politische Entscheidung des Kongresses für Rot-Grün. Seine Rede war um das Argument gebaut, dass es bei politischen Richtungsentscheidungen keine parteipolitische Neutralität geben könne. Habe man sich 1998 dafür entschieden, „den politischen Wechsel zu

wollen“, so gehe es jetzt darum, „einer bestimmten Entwicklung in die Zukunft nicht tatenlos zuzuschauen“. Diese bestehe in der Gefahr, dass man mit einem Programm des „Wir machen noch mehr von dem, was sechzehn Jahre lang schon nicht geklappt hat“ konfrontiert werde. Die von CDU und FDP angekündigte Reform des Günstigkeitsprinzips im Tarifvertragsgesetz sei „nicht mehr, aber auch nicht weniger als der fundamentalste Angriff auf die Tarifautonomie und auf die Rechte der Gewerkschaften [...], den wir in den letzten Jahrzehnten in diesem Lande erlebt haben“, sagte er unter starkem Beifall. „Das ist eine Politik, der wir die Hand nicht reichen werden und die wir uns in dieser Form nicht gefallen lassen werden.“

Bedingungslos sollte dieser neue Schulterchluss jedoch nicht sein. Man werde auch weiterhin „Kritik an der jetzigen Bundesregierung, dort wo sie nötig ist, vortragen [...] und aus solcher Kritik keinen Hehl machen“. „Insbesondere auf dem Feld der Steuer- und Finanzpolitik (gebe es) erhebliche Widersprüche zwischen uns und der Bundesregierung.“ Gleichzeitig aber gelte es anzuerkennen, dass „diese Regierung wichtige und vorwärts weisende Schritte der Reregulierung auf den Weg gebracht“ und auch im ökologischen Bereich eine Menge „nach vorn gebracht“ habe.

Aus Funktionärsperspektive beachtlich war, dass Bsirske zum Zeitpunkt seiner Rede mit 50 000 termingenaue illegal Warnstreikenden des öffentlichen Dienstes im Rücken vor den Kongress treten konnte. Durch diese organisatorisch-logistische Präzisionsleistung verschaffte sich ver.di unter den Funktionären im DGB machtpolitisch Respekt, konnte man doch damit wirkungsvoll dem Vorurteil entgegenzutreten, letztlich verfüge nur die IG Metall über eine ausreichend kampfbereite Organisation von Mitgliedern und Funktionären, um stell-

vertretend für die deutsche Gewerkschaftsbewegung für politische Ziele zu streiten.

Von nicht wenigen Delegierten wurde Zwickels Beitrag als beispieldose Düsterei angesehen, denn seine formal als „Diskussions“-Beitrag gehaltene Rede nahm den Charakter eines Ko-Referats zur Grundsatzrede des neuen DGB-Vorsitzenden an. Zwickel wischte Sommers vage gehaltene politische Neubestimmung des DGB beiseite. „Nicht bei der Gesundheits-, Renten-, Familien- oder Steuerpolitik wird die wesentliche Trennlinie zwischen der SPD und der CDU/CSU verlaufen. [...] wovon ich überzeugt bin: Diese Konfliktfelder werden nicht die Bedeutung [...] einer fundamentalen gesellschaftspolitischen Kurskorrektur haben. Nach meiner Einschätzung wird diese gesellschaftspolitische Korrektur und daher die politische Trennlinie zwischen SPD und Grünen einerseits [...] und CDU/CSU und FDP andererseits sich auf die so genannte Reform des Arbeitsmarktes konzentrieren. Die Reform des Arbeitsmarktes ist [...] die politische Klammer zwischen CDU/CSU und FDP. Diesen Konflikt werden sie eingehen. [...] Ich vermute, dass Schwarz-Gelb in allen anderen Politikbereichen Kompromisse machen wird, um seiner jeweiligen Wählerklientel einen scheinbaren Erfolg zu verkaufen. Sie werden aber keine Kompromisse machen bei der Deregulierung des Arbeitsmarktes.“

Auf der Grundlage dieser These war es für Zwickel nur folgerichtig, die IG Metall in den Brennpunkt des künftigen zentralen gesellschaftspolitischen Konfliktfeldes zu projizieren. Mit Verlauf und Ergebnis der abgelaufenen Tarifrunde sei ein Zeichen dafür gesetzt worden, „dass die IG Metall in einem neoliberalen Umfeld, wo es im gegenwärtigen Wissenschafts- und Politikbetrieb kaum eine Alternativ- oder Gegenposition gibt, eine

für alle Welt deutliche Gegenposition gegen die neoliberale Ideologie erfolgreich durchgesetzt hat“.

Zwickels Schlussfolgerung gegen das „schwarz-gelbe Kartell der Restauration“ lautete daher: „Wer diese Umverteilung von Macht und Gestaltungskraft in dem für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zentralen Bereich der Tarifpolitik will, wo es konkret um die inhaltliche Ausgestaltung von Freiheit und Gerechtigkeit geht, diesen politischen Restauratoren aus dem 19. Jahrhundert sagen wir: Der DGB und seine Gewerkschaften werden alles tun, um eine politische Mehrheit gegen eine solche grundlegende Umverteilung der gesellschaftlichen Machtbalance und der davon abhängigen fairen Beteiligungschancen der Arbeitnehmer zu verhindern, und wir werden dagegen mobilisieren.“

Wenn Kanzler Schröder dagegen diese Errungenschaften „uneingeschränkt erhalten und verteidigen“ wolle und dazu noch das „Damoklesschwert“ des „Anti-streikparagrafen 146 des Sozialgesetzbuches“ von den Gewerkschaften nehmen wolle, „dann wissen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wen sie zu wählen haben“.

Nach den Reden von Bsirske, Sommer und Zwickel war deutlich, dass der DGB nicht einen Vorsitzenden, sondern allenfalls einen Präsidenten als Außenrepräsentanten besitzt. Regiert dagegen wird der Dachverband von den zwei wirklichen Vorsitzenden, die die entscheidenden politischen Akzente setzen. Die einvernehmliche politische Arbeitsteilung zwischen IG Metall und ver.di war unverkennbar. ver.di beanspruchte die politische Zuständigkeit für die Verteidigung des Sozialstaates und des öffentlichen Dienstes vor Modernisierung. Die IG Metall dagegen reklamierte stellvertretend für die gesamte Gewerkschaftsbewegung das zentrale Konfliktfeld gewerkschaftlicher Selbstdefinition: Tarif-

autonomie und Arbeitsmarkt. Der DGB repräsentierte die gemeinsame Wächterfunktion nach außen. In diesem Machtdreieck kam die dritte große Multibranchengewerkschaft, IG BCE, nicht mehr vor. Kein einziges Mal ergriff ihr Vorsitzender Hubertus Schmoldt vor dem Kongress das Wort.

Der Kongress im Vorwahlkampf

Erstmals wurde auf einem DGB-Kongress allen im Bundestag vertretenen Parteien, damit auch der postkommunistischen PDS und ihrer Vorsitzenden Gabi Zimmer, Gelegenheit gegeben, um die Stimmen der Funktionäre zu werben. Während der FDP-Vorsitzende Westerwelle seinen Auftritt kurzfristig absagte, standen die Reden von Kanzler und Kandidat im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Die Kanzlerrede zeigte die zwischen IG Metall und Kanzleramt abgestimmte Strategie: Die Bundestagswahl soll zur „Richtungsentscheidung für unser Land“ stilisiert werden. Es gehe um „Zukunft oder Vergangenheit“, um „Erneuerung oder Stillstand“. Die Rede von Gerhard Schröder war auf den Schulterchluss mit den Gewerkschaften gerichtet, „basierend auf gemeinsamen Wurzeln und Zielen“. Von Aufbruchstimmung wie 1998 war keine Spur. Das einzige Neue an seiner Rede war die Ankündigung, im Falle eines Wahlsieges Gemeinden und Ländern vier Milliarden Euro für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen.

Die Opposition dagegen, von der immer nur als „den anderen“ die Rede war, ziele „mit untauglichen Rezepten von vorgestern, verkörpert durch das Personal von gestern“, auf eine „andere Gesellschaft“. Sie wolle „mit der Abrissbirne an die Grundmauern des Sozialstaates“ und die „Streikfähigkeit der deutschen Gewerkschaften aushebeln“. Schröders Rede war um das zentrale Argument ge-

baut, die bisherigen und die geplanten Reformen der rot-grünen Bundesregierung seien alleinige Garanten für eine Gerechtigkeitspolitik im Sinne der Gewerkschaften.

Politikfelder, auf denen es deutliche Differenzen mit den Gewerkschaften gibt (Rentenreform, Steuerpolitik, Haushaltsanierung, Privatisierung), sparte die Rede freilich aus. So quitierte der Gewerkschaftskongress Schröders Verbrüderungsrede mit starkem, wenn auch nicht enthusiastischem Beifall. Allzu erinnerlich waren die nach 1998 enttäuschten Erwartungen. Nichtsdestotrotz reagierte der neue DGB-Vorsitzende positiv auf diese Friedensadresse an die Gewerkschaften: „Gerhard Schröder hat sich auf den Weg zu uns gemacht, und er hat diesen Weg gefunden.“

Nach den Kampfreden von Bsirske und Zwickel, nach der Grundsatzrede von Sommer und dessen Spontanreaktion auf das Angebot zum Schulterchluss und nicht zuletzt aufgrund der Reaktion des Kongresses konnte Schröder davon ausgehen, dass sich bei den Funktionären nunmehr eine realistische Einschätzung durchgesetzt hat und die Irritationen mit den Gewerkschaftsführern ausgeräumt sind.

Die eigentliche Sensation

Umso mehr musste daher überraschen, dass nur einen Tag nach dieser Harmonieinszenierung der DGB-Vorsitzende aus seinem Herzen keine Mördergrube machte und gegenüber CDU-Gewerkschaftern seine Erwartung offenbarte, dass es für Rot-Grün nicht reichen werde. Damit erst erhielt der Kongress seine eigentliche politische Sensation. Das SPD-Mitglied Sommer hatte zudem offenbart, dass es einer großen Koalition sogar positive Seiten abgewinnen könne: „Beide Volksparteien könnten dann entschlossenen Reformen angehen, die von einer starken Opposition bisher behindert wurden.

Vielleicht wäre das die große Chance, das machen zu müssen, was uns nach vorn bringt, ohne dass gebremst wird – von welcher Seite auch immer.“

Sommer versuchte in seiner Abschlussrede wenig überzeugend, diesen verheerenden Fauxpas mit simpler Arithmetik wieder wettzumachen: „Ich finde acht Jahre besser als vier, und die letzten vier waren besser als die sechzehn zuvor. Und 2002 ist auch nicht 1967. Ich bin trotz anders lautender Meldungen übrigens persönlich davon überzeugt, [...] Rot-Grün [...] haben eine gute Chance.“ Die Empfehlung, die er gab, klang freilich wie aus sicherer Distanz: „Ich kann ihnen nur den Rat geben: kämpfen, kämpfen, kämpfen! Dann können sie es schaffen, und dann werden sie es auch schaffen.“ Das entsprach ganz dem Beschluss des alten DGB-Bundesvorstandes, sich anstatt mit vier Millionen wie 1998 nur noch mit 500 000 Euro im Wahlkampf zugunsten von Rot-Grün zu engagieren. Und es entsprach ebenso dem von Sommer schon vor seiner Wahl gefassten beispiellosen Tabubruch, als erster DGB-Vorsitzender an einer Vorstandsklausur der CSU teilzunehmen.

„Keine amerikanischen Verhältnisse“

Der Unions-Kanzlerkandidat traf auf einen kühlen und reservierten, aber keineswegs feindseligen Kongress. Das hätte auch schlecht dazu gepasst, dass mit Edmund Stoiber ein Ministerpräsident sprach, der mit der höchsten Auszeichnung des DGB, der Hans-Böckler-Medaille, geehrt worden war. Stoiber unterstrich, dass er keineswegs – wie behauptet – ein „Gegner starker Gewerkschaften und Befürworter von Sozialabbau“ sei, sondern sich der „sozialen Balance in der Gesellschaft“ gleichermaßen verpflichtet fühle. Die Arbeit einer Viertelmillion Personal- und Betriebsräte in Deutschland sei „unverzichtbar“. Zahlreiche Forderungen der Wirtschaft nach Einschnitten

im Arbeits- und Tarifrecht gingen auch ihm zu weit. „Arbeitnehmer und ihre Familien brauchen natürlich Sicherheit. [...] Wir wollen in Deutschland im Besonderen keine amerikanischen Verhältnisse.“ Kündigungsschutz und Lohnfortzahlung blieben daher unangetastet. Geschickt neutralisierte Stoiber den emotionalen Widerstand des Kongresses, indem er sich auf Kritik aus dem Gewerkschaftslager selbst beziehen konnte.

Stoibersparte auch nicht die politischen Dissense aus, seinen grundsätzlich anderen Ansatz von Wirtschafts- und Sozialpolitik (Wachstums- und Innovationsorientierung anstatt sozialdemokratischen Bewirtschaftungsdenkens) sowie die geplanten Reformen im Arbeitsrecht. Erst seine Ausführungen zum vorliegenden Tariftrüegesetz, das zu einer Spaltung zwischen Ost und West führe und der besonderen Verantwortung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland nicht gerecht werde, riefen die erwarteten Protestrufe und Pfiffe hervor. Stoibers Schlussentenz, sein Angebot zur „Erneuerung unseres Landes in sozialer Verantwortung“ wie auch sein Dank „für die Fairness des Zuhörens“ wurden dennoch mit lebhaftem Beifall quittiert.

Sommer antwortete unmittelbar auf Stoiber und erklärte das Verhalten der unionsgeführten Bundesländer im Bundesrat zum Tariftrüegesetz zur Nagelprobe. „Sie haben es in der Hand, dass Sie die Tarifautonomie nicht nur schätzen, sondern auch schützen wollen.“ Die Gewerkschaften hätten „eine ganz klare Position: Sie lautet, das Tariftrüegesetz

muss her, und zwar in der vorliegenden Fassung, wie vom Bundestag verabschiedet.“ Damit war der entscheidende Dissens festgehalten.

Als Fazit bleibt festzuhalten:

Erstens: Die Gewerkschaften des DGB tendieren im Zweifel politisch weiterhin zugunsten der SPD. Dies hindert sie jedoch nicht, eine realistische Einstellung zu einem möglichen Regierungswechsel einzunehmen.

Zweitens: Zwischen den beiden Großgewerkschaften ver.di und IG Metall hat sich eine arbeitsteilige Machtbalance herausgeschält. Der DGB hat auf diese neue Konstellation der ausgeprägten internen Bipolarität reagiert. Der neue Vorsitzende hat in seiner Grundsatzrede deutlich gemacht, wie der DGB als Wächtermoderator und Symbol des politischen Mitbestimmungsanspruches der Gewerkschaften öffentlich fungieren soll. Sein Konzept, in zentralen Fragen die Meinungsführerschaft zu erringen, stellt ein durchaus realistisches strategisches Ziel der Gewerkschaften als politische Verbände in der Mediendemokratie dar.

Drittens: Der Turnus der DGB-Kongresse wird auch in Zukunft so sein, dass sie jeweils rechtzeitig vor den Bundestagswahlen liegen. Kanzler und Herausforderer werden somit stets gezwungen sein, sich einem Gewerkschaftskongress zu stellen. Die erfolgreiche Inszenierung von 1998 konnte damit wiederholt werden. Wie 1998, als sie sich den Wahlsieg Schröders anrechneten, haben sie auch diesmal eine klare Richtungsentscheidung getroffen: Im Zweifel SPD.

Bälle aufs Tor

„Stoiber hat kein ‚konservatives Projekt‘. Er lässt die Lebensgemeinschaften Lebensgemeinschaften sein und Staatsbürgerschaft Staatsbürgerschaft. Er hat (bisher) Erfolg, weil er sich nicht vertändelt, sondern seine Bälle konsequent auf ein Tor schießt – dorthin, wo Punkte für den Wirtschaftsstandort Deutschland zu holen sind.“

Stefan Dietrich am 25. Juni 2002 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*